



Medium WirtschaftsWoche Online

Thema Lieferkettengesetz

Ausgabe 23.01.2024

 **WirtschaftsWoche**

WiWo+ EU-LIEFERKETTENRICHTLINIE

Alle werden verlieren, wenn Brüssel hier ernst macht

Gastbeitrag von Rainer Kirchdörfer
23. Januar 2024

Mit der EU-Lieferkettenrichtlinie droht das nächste bürokratische Monstrum im Namen des Guten. Diesmal würden Verbraucher, Unternehmen und die Dritte Welt den Preis bezahlen. Ein Gastbeitrag.



Gut gemeint, aber nicht gut gemacht: Wenn die Lieferkettenrichtlinie so kommt, wie es die Brüsseler Kommission und das Europäische Parlament planen, werden alle verlieren: Die Verbraucher, die höhere Preise zahlen müssen. Die Unternehmen, die immer mehr Personal und Geld für Bürokratie aufwenden müssen. Und nicht zuletzt die Menschen auch in Schwellen- und Entwicklungsländern, denen viele Aufträge und damit Arbeitsplätze verloren gehen werden.

Statt den Austausch von Waren und Dienstleistungen zu fördern, koppelt sich die EU vom Welthandel und den Prinzipien der internationalen Arbeitsteilung ab. Künftig sollen Unternehmen in der EU ihre Lieferanten aus aller Welt und überdies viele ihrer Geschäftspartner bis ins letzte Lieferkettenglied auf die Einhaltung sozialer, ökologischer oder gesellschaftlicher Normen überprüfen. Das trifft die Breite der Wirtschaft, denn Unternehmen ab 500 Mitarbeiter sollen rechenschaftspflichtig werden. Diese Regulierung ginge über das ohnehin schon belastende deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz hinaus, das erst 2023 in Kraft trat.

Planwirtschaftliche Feinsteuerung

Vor weiteren Verschlechterungen warnen acht große Wirtschaftsorganisationen, darunter die Stiftung Familienunternehmen und Politik, die Metall- und Elektroindustrie, der Maschinenbau und die Chemieindustrie. Sie alle richten einen Appell an die EU: Die geplante EU-Lieferkettenrichtlinie darf so nicht kommen. Hier geht es nicht um typische Lobbyreflexe, sondern darum, die EU davor zu bewahren, sich hoffnungslos in planwirtschaftlicher Feinsteuerung zu verlieren.

20.000 Lieferanten kontrollieren

Falls das EU-Lieferkettengesetz wie geplant in Kraft tritt, gelten für die großen Familienunternehmen und Konzerne in Europa plötzlich neue Beschränkungen. Größere Unternehmen haben nicht selten 20.000 Lieferanten weltweit. Allein die Einführung des deutschen Lieferkettengesetz kostet ein international tätiges Familienunternehmen mit dieser Lieferantenzahl zusätzlich rund zwei Millionen Euro an Bürokratie. Geld, das nicht für produktive Tätigkeiten oder Investitionen zur Verfügung steht.



Gerechtigkeit um jeden Preis? Nicht eine einzige Beanstandung!

Diese Argumente lassen die Befürworter von immer mehr Vorschriften nicht gelten. Sie sagen, Gerechtigkeit müssten wir uns etwas kosten lassen. Wenn der eingeschlagene Weg wenigstens erfolgreich wäre, ließe sich darüber reden. Doch die geplante Regulierung führt vor allem zu Bürokratie. Unternehmen berichten davon, dass sie nach dem deutschen Lieferkettengesetz bereits Zehntausende von Lieferanten prüften. Dabei ist nicht eine einzige Beanstandung herausgekommen!

Die weit überwiegende Mehrheit der Unternehmen und insbesondere unserer Familienunternehmen achtet längst darauf, dass Menschenrechte in ihrer Lieferkette gewahrt, Kinderarbeit geächtet und Lieferanten auf Umweltstandards verpflichtet werden. Das tun sie aus eigener Überzeugung. Es gibt viele freiwillige Bündnisse und auch der Verbraucher kann sich beim Einkauf anhand von Gütesiegeln orientieren.

Staaten sind gefordert – statt naiver Regulierung

Die Vorstellung, eine feinmaschige, teure und ineffiziente Bürokratie à la Brüssel könne die Produktionsstandards in fernen Weltteilen regulieren, ist naiv.

Es ist die Aufgabe der Staaten vor Ort, faire Arbeitsbedingungen und Schutzstandards zu definieren und zu überwachen. Die Unternehmen unterstützen sie dabei, doch sie sind [nicht in der Lage, die Produktionsbedingungen gegenüber ihren Lieferanten in allen Ländern der Welt selbst festzulegen und lückenlos zu überwachen.](#)

Rückzug aus Entwicklungsländern

Die EU-Richtlinie würde zu unkalkulierbaren Rechtsrisiken und zum Rückzug vieler europäischer Unternehmen aus Entwicklungsländern führen – aus dem einfachen Grund, weil das zu aufwendig wird. Damit nicht genug: Unternehmen sollen öffentlich an den Pranger gestellt und haftbar gemacht werden. Und da wundern wir uns, warum es immer weniger Menschen gibt, die unternehmerische Verantwortung übernehmen? Statt dessen wächst der öffentliche Dienst.

Selbst bei höherer Gewalt sieht die EU-Lieferkettenrichtlinie keine Vereinfachungen vor. Während der Pandemie haben wir doch erlebt, wie Unternehmen und Behörden händeringend versucht haben, Schutzmasken in allen Teilen der Welt zu bestellen. Selbst wenn solche Extremfälle wieder aufträten, müssten die Unternehmen zunächst die Sorgfalt ihrer Lieferanten und deren Vorlieferanten prüfen, bevor sie bestellen könnten. Bereits das Fehlen einer sogenannten Force-Majeure-Regelung beweist, wie sehr sich die EU verrennt.



Keine Zertifizierung vorgesehen

Unsere Familienunternehmen sperren sich nicht dagegen, die Lieferketten humaner und nachhaltiger zu machen. Das geht nicht über Nacht und ist eine Aufgabe aller Staaten. Die Antwort kann nicht ein neuer Paragraphenschwungel sein. Völlig unverständlich ist, dass die neuen Kontrollpflichten selbst für Lieferanten aus der EU gelten sollen. Dabei ist der europäische Binnenmarkt längst stark reguliert. Nicht nachvollziehbar ist auch, warum es nicht erlaubt sein soll, dass sich ein Unternehmen zertifizieren lassen kann. Das wäre einfacher. Lieferanten, die viele Unternehmen aus mehreren Ländern beliefern, könnten eine einmalige Prüfung durchlaufen – und die vielen Einzelfallkontrollen bleiben Wirtschaft und Behörden erspart.

Die Unternehmen leisten viel dafür, ihre Verpflichtungen zur Umsetzung der UN-Menschenrechtsstandards auch in Krisenzeiten zu erfüllen. Eine überzogene Regulierung wäre aber kontraproduktiv. Deutschland und die anderen EU-Mitgliedstaaten dürfen der Lieferketten-Richtlinie in dieser Form nicht zustimmen. Die Ziele sind mit einfachen, unbürokratischen Regeln viel besser zu erreichen.

Rainer Kirhdörfer

Rainer Kirhdörfer ist Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik. Der Rechtsanwalt unterrichtet als Honorarprofessor an der privaten Universität Witten-Herdecke.

